

Lahner: ÖAAB nur mehr "Regierungsverteidigungsverband"

Wien (OTS) - Es sei bedauerlich, wenn ein angeblicher Interessenverband der Arbeitnehmer zu einer bloßen Einrichtung zur Verteidigung der Belastungspakete der Regierung verkomme, wie der ÖAAB jetzt, kritisiert der Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gewerkschafter in der AK, Opel-Betriebsratsvorsitzender Werner Lahner. Dass die AK Ihre Mitglieder informiere sei die Pflicht und Schuldigkeit einer Interessenvertretung, auch wenn es unangenehme Nachrichten sind. Dieser Verpflichtung ist die AK Wien selbstverständlich nachgekommen, weist AK Wien Vizepräsident und FSG Vorsitzender Werner Lahner die Kritik der ÖAAB-Funktionäre Tancsits und Gajdosik zurück: "Wir werden ständig von den Mitgliedern angesprochen, die zutiefst verunsichert sind und Informationen haben wollen. Sie wollen wissen, was auf sie zukommt, was mit den Pensionen passieren wird.

Aufs schärfste weist Lahner den Vorwurf des ÖAABs zurück, die Analyse des Regierungsübereinkommens in den AK Unterlagen stimme nicht. Verunsicherung betreibt die Regierung, indem sie den Arbeitnehmern Belastungen ankündigt, und mit diesen Maßnahmen über die Betroffenen drüberfahren will und der AK das Begutachtungsrecht vorenthalte.

Es sei beschämend, wenn ÖAAB-Vertreter, wie deren Obmann Fasslabend, der den Regierungspakt ohne Wenn und Aber unterschrieben habe, und sich jetzt winden, wie sie den Arbeitnehmern diese massiven Verschlechterungen als Fortschritt verkaufen können. Offensichtlich, so der FSG Vorsitzende, fürchte sich der ÖAAB davor, dass die Wahrheit über die Regierungsvorhaben ans Tageslicht kommt.

Am selben Tag, kritisiert Lahner, an dem der Nationalratsabgeordnete und ÖAAB-Generalsekretär Tancsits die geplanten Verschlechterungen im Urlaubsrecht als Unwahrheit bezeichnet, bringen ÖVP und FPÖ im Parlament einen Initiativantrag ein, der gerade dazu führen soll.

Eigentlich wären alte Arbeitnehmervertreter aufgefordert gegen die einseitigen Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzustehen: "ÖAAB und die freiheitlichen Arbeitnehmervertreter bleiben sitzen, das ist die traurige Nachricht für die

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

Rückfragehinweis: FSG in der AK Wien,
Tel.: (01)50165-2584

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0242 2000-03-23/14:08

231408 Mär 00

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000323_OTS0242